

Senatsbeschlüsse

der 173. Sitzung des Senats

am 21.08.2018, 11:15 Uhr

- 4200.) "Arbeit am Gewerbeentwicklungsprogramm 2030"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 09)  
(Vorlage 2271/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2271/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4201.) Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz  
(Vorlage 2272/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung aus.

- 4202.) "Welche konkreten Lernangebote gibt es in der zweiten Phase der Bremer Integrationsqualifizierung (BIQ 2)?"  
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 10)  
(Vorlage 2273/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2273/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4203.) Geplantes Neubauvorhaben Freiwillige Feuerwehr und Polizeistation Farge (Vorlage 2274/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2274/19 die Entwurfsplanung (EW-Bau) zur Kenntnis und stimmt der weiteren Umsetzung des Neubauvorhabens Freiwillige Feuerwehr Farge mit der Integration der Polizeistation auf dem bisherigen Grundstück in der Farger Straße 134 zu.
2. Der Senat stimmt der dargestellten Finanzierung zu und bittet den Senator für Inneres den erforderlichen Beschluss zur Erteilung der Verpflichtungsermächtigung im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
3. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel für die Maßnahme „Neubauvorhaben Freiwillige Feuerwehr und Polizeistation Farge“ für die Jahre 2020 i. H. v. 1,186 Mio. € und 2021 i. H. v. 0,084 Mio. € und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung zu.
4. Der Senat bittet den Senator für Inneres, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

- 4204.) "Fahren am Limit-Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Kraftfahrzeuge im Land Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 2275/19 und Neufassung der Vorlage des Senator für Inneres vom 20.08.2018)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 20.08.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4205.) "Umgehung der Pfandpflicht im Land Bremen"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 12)  
(Vorlage 2276/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2276/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Einzelabgeordneten Alexander Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Unter „B. Lösung“ werden in der Antwort auf Frage 2 im ersten Satz die Worte „Abfällen ist, die nicht den vorgesehenen Sammelsystemen zugeführt werden“ ersetzt durch die Worte „Straßenverunreinigungen ist“ und am Ende folgende Sätze angefügt: „In der Straßenreinigung stellt die Entsorgung von Plastikflaschen grundsätzlich kein Problem dar. Berichte der „Die Bremer Stadtreinigung“ liegen nicht vor.“
- Unter „B. Lösung“ werden in der Antwort auf Frage 3 im vierten Satz die Worte „im parlamentarischen Rahmen ist nicht die Aufgabe des Senats“ ersetzt durch die Worte „ist dem Senat nicht möglich“.

- 4206.) "Privatisierung von WestSpiel – Folgen für die Bremer Spielbank"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 11)  
(Vorlage 2277/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.08.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.08.2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4207.) "Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Bremen"  
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - S 11)  
(Vorlage 2278/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2278/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4208.) "Datei "Gewalttäter Sport"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2279/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2279/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
  - In der Antwort auf Frage 5 wird der letzte Satz ersatzlos gestrichen.
  - In der Antwort auf Frage 10 wird der zweite Satz ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4209.) Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I (KInvFG I)  
hier: Umsetzungsstand per 30.06.2018  
(Vorlage 2280/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2280/19 den Umsetzungsbericht per 30.06.2018 zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I) im Land Bremen mit der Maßgabe folgender Änderung zur Kenntnis:
  - Unter „B. Lösung“ wird in der Tabelle „Vergleich Projektstatus Dezember 2017/Juni 2018“ beim „Lärmschutz Großmarkt (HB)“ der Status für Juni 2018 auf „4“ geändert.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Weiterleitung des Umsetzungsberichtes an den Haushalts- und Finanzausschuss.

4210.) Entwurf des Zweiundzwanzigsten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 22. RÄStV)  
(Vorlage 2281/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2281/19 von dem Entwurf des Zweiundzwanzigsten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) Kenntnis.
2. Der Senat ermächtigt den Präsidenten des Senats, den Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu unterzeichnen.
3. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2281/19 die beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme und wegen der geplanten

Staatsvertragsunterzeichnung auf der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 24. bis 26. Oktober 2018 um dringliche Behandlung, spätestens in der Sitzung am 26. oder 27. September 2018.

- 4211.) "Schulgeldfreiheit auch für weitere Berufe aus dem Gesundheitssektor bzw. für Berufe zur Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen"  
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 01)  
(Vorlage 2282/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 28. August 2018 aus.

- 4212.) "Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte"  
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 2283/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20.08.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20. August 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 29. Mai 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4213.) "Studieren ohne Abitur in Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2284/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für  
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15.08.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15.08.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 19.06.2018 zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4214.) Schadstoffsanierung und Wiederherrichtung der Flächen und Nutzungen des Gebäudes FS als Lehr- und Forschungsgebäude einschließlich eines Bürotraktes am Neustadtwall für die Hochschule Bremen  
(Vorlage 2285/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2285/19 die Baumaßnahme „Schadstoffsanierung und Wiederherrichtung der Flächen und Nutzungen des Gebäudes FS als Lehr- und Forschungsgebäude am Neustadtwall für die Hochschule Bremen“ mit Mitteln in der Gesamthöhe von 26,475 Mio. €.
2. Er bittet die Senatorin für Finanzen die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20,975 Mio. € zu Lasten der veranschlagten VE bei der Zentralen Investitionsreserve zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die notwendige Zustimmung beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel für die Maßnahme Schadstoffsanierung und Wiederherrichtung der Flächen und Nutzungen des Gebäudes FS als Lehr- und Forschungsgebäude einschließlich eines Bürotraktes am Neustadtwall für die Hochschule Bremen für die Jahre 2020 i. H. v. 6,3 Mio. € und 2021 i. H. v. 6,5 Mio. € und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2022 i. H. v. 3,675 Mio. € zu.
  
5. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4215.) "Zahl und Qualität der Ausbildungsduldungen"  
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 13)  
(Vorlage 2286/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2286/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

4216.) "Politisch motivierte Kriminalität im Land Bremen im Jahr 2017"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2287/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2287/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
  
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.



- 4217.) "Betriebliche Ausbildung durch eine steuerliche Entlastung attraktiver machen"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 10)  
(Vorlage 2288/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 20.08.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 20.08.2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4218.) Übernahme der privaten Anteile an der Governikus GmbH & Co. KG  
(Vorlage 2289/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2289/19 dem Kauf der Anteile der privaten Mitgesellschafter an der Governikus GmbH & Co. KG durch das Land Bremen für 6,8 Mio. € und dem Finanzierungsvorschlag aus Zinsminderausgaben mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Unter „C. Alternativen“ werden die beiden Sätze ersetzt durch den Satz:  
„Alternativen sind nicht zu empfehlen.“
- Unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ wird der zweite Satz ersatzlos gestrichen.
- Unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ wird der letzte Satz wie folgt gefasst: „Es gibt keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen durch die Übernahme der privaten Anteile an der Governikus GmbH & Co. KG.“
- Unter „F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz“ wird das Wort „Entfällt“ durch den Satz:  
„Erfolgt nach Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses.“

4219.) Stadtentwicklungsgebiet Werftquartier, hier: Vorplanungen  
(Tisch-Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom  
14.08.2018)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Tisch-Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14.08.2018 der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen zur Vorplanung für die Quartiersentwicklung Werftquartier sowie der dargestellten Finanzierung aus den zurückgezahlten Mitteln aus dem Insolvenzverfahren der Fa. Weserwind in Höhe von 355.000 € für die Jahre 2018 und 2019 zu.
  
2. Der Senat stimmt der aufgezeigten Finanzierung zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer nächsten Sitzung damit zu befassen und die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.